

**Niederschrift
zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
der Stadt Hückeswagen**



Sitzungstermin: 08.06.2010
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:00 Uhr
Ort: im Großen Sitzungssaal des Rathauses, Auf'm Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Bürgermeister

Ufer, Uwe Bürgermeister

Mitglieder

Biesenbach, Monika für Herrn Schreiber
Danielsen, Hans-Peter für Herrn Hager
Fischer, Rolf
Grasemann, Hans-Jürgen
Hücker, Manfred
Jovy, Jürgen für Herrn Thiel
Klewinghaus, Dieter
Moritz, Frank
Päper, Cornelia
Quass, Jürgen
Sabelek, Egbert
Schütte, Christian
von Polheim, Jörg
Weiß, Angelika

von der Verwaltung

Bever, Isabel
Kemper, Torsten
Kirch, Michael
Mark, Jürgen
Müller, Bernd
Persian, Dietmar
Potthoff, Christian
Schröder, Andreas

Es fehlten:

Mitglieder

Hager, Wilfried
Schreiber, Horst
Thiel, Ralf

von der Verwaltung

Winter, Monika

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreter der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|---|---|------------------------|
| 1 | Beschluss der Hebesatzsatzung 2011 | FB I/1282/2010 |
| 2 | Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 des Eigenbetriebes
"Freizeitbad" | FB I/1285/2010 |
| 3 | Shared Services - öffentlich-rechtliche Vereinbarungen | RB/1284/2010 |
| 4 | 21. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren
für die Benutzung der Übergangsheime | FB II/1257/2010 |
| 5 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|---|---------------------------|---------------------|
| 1 | Personalangelegenheiten | RB/1286/2010 |
| 2 | Personalangelegenheiten | RB/1287/2010 |
| 3 | Mitteilungen und Anfragen | |

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Beschluss der Hebesatzsetzung 2011** **Vorlage: FB I/1282/2010**

Bürgermeister Ufer erläutert die Hintergründe für die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B bei gleichzeitigem Wegfall der Straßenreinigungsgebühren. Für beide Systeme gebe es gute Gründe, ein absolut gerechtes System stellen beide Varianten nicht dar, für das System der Grundsteuererhöhung spricht jedoch der deutlich niedrigere Verwaltungsaufwand und das geringere Klagerisiko.

Herr Grasemann teilt für die SPD-Fraktion mit, dass noch Beratungsbedarf besteht und er darum bittet, erst in der Ratssitzung einen Beschluss zu fassen. Er erkundigt sich nach dem Risiko, dass die Kommunalaufsicht bei einem Haushaltssicherungskonzept trotz der höheren Grundsteuer die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren verlangt. Die Verwaltung teilt mit, dass für 2011 dieses Risiko nicht gesehen wird. Für die Folgejahre kann es nicht ausgeschlossen werden, allerdings würde die Kommunalaufsicht im anderen Falle auch eine Erhöhung der Grundsteuer fordern, so dass die Zusatzbelastung für den Bürger in etwa gleich bleibt.

Aus der CDU-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass der Hintergrund der Steuererhöhung für den Bürger erläutert werden muss. In den Steuerbescheiden ist dies nicht möglich, es soll aber über ein Beiblatt zum Bescheid der Sachverhalt dargestellt werden. Außerdem bittet die CDU-Fraktion darum, dass nach drei Jahren eine Überprüfung erfolgt, ob das Verhältnis der Kosten der Straßenreinigung zu der Höhe der Grundsteuer noch angemessen ist.

Aufgrund des Beratungsbedarfes der SPD-Fraktion wird kein Beschluss gefasst. Für die Ratssitzung soll in den Beschlussentwurf die Erläuterung des Verfahrens durch ein Beiblatt zum Steuerbescheid sowie die Überprüfung nach drei Jahren aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Es wird kein Beschluss gefasst, die Abstimmung wird auf die Ratssitzung vertagt.

zu 2 **Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 des Eigenbetriebes "Freizeitbad"** **Vorlage: FB I/1285/2010**

Die Verwaltung soll nach drei Jahren im Betriebsausschuss darstellen, wie sich die Investition amortisiert hat.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 als dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs.1 Satz der Gemeindeordnung NRW wie nachfolgend dargestellt:

a) Der Ansatz bei dem Konto 4300.0004 wird von 100 T€ auf 200 T€ auf dann 300 T€ erhöht.

b) Der Kreditrahmen erhöht sich von 87 T€ auf 287 T€

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 3 Shared Services - öffentlich-rechtliche Vereinbarungen
Vorlage: RB/1284/2010

Die Verwaltung weist darauf hin, dass über die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum gemeinsamen Bauhof mit Wipperfürth noch nicht abgestimmt werden kann. Hier sind noch weitere Fragen zur Finanzierung und zu den Kosten des neuen Bauhofes zu klären. Es wird weiterhin von dem Standort für den Neubau ausgegangen. Der Punkt c) aus der Vorlage wird daher aus dem Beschlussvorschlag entfernt.

Aus dem Ausschuss wird deutlich gemacht, dass man mit dem Beschluss ein Zeichen setzen wolle, dass das Projekt positiv gesehen werde. Synergieeffekte werden durch die Zusammenarbeit zweifellos erzielt.

Herr von Polheim macht für die FDP-Fraktion deutlich, dass ein gemeinsamer Bauhof mit Wipperfürth in Verbindung mit der Einrichtung einer Bauaufsicht für die beiden Städte gesehen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt im Rahmen des Projektes "Shared Services",

- a) die Einrichtung eines "Regionalen Gebäudemanagements" mit den Städten Radevormwald und Wipperfürth auf der Basis der vorliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung,
- b) die Einrichtung eines "Zentralen Forderungsmanagements" mit den Städten Radevormwald und Wipperfürth auf der Basis der vorliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung,

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 4 21. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime
Vorlage: FB II/1257/2010

Die Verwaltung weist darauf hin, dass geprüft werde, ob überhaupt noch Übergangsheime vorgehalten werden sollten, da die Belegung äußerst gering ist. Die Betroffenen können auch in anderen Wohnungen untergebracht werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt aufgrund der vorliegenden Gebührenbedarfsberechnung den beiliegenden 21. Nachtrag für die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime der Stadt Hückeswagen zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen vom 26.03.1992.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Mitteilungen und Anfragen**Berufskolleg**

Bürgermeister Ufer informiert den Ausschuss darüber, dass zwischenzeitlich die Genehmigung für das Berufskolleg vorliegt. Aus diesem Anlass ist eine Feierlichkeit für den 24.06. vor der Ratssitzung vorgesehen. Die Schule wird zunächst in den Räumen der Realschule untergebracht.

Verlegung Ratssitzung

Herr Ufer informiert über eine Verlegung der Ratssitzung am 28.09. auf den 07.10.2010. Gleiches gilt für die Gesellschafterversammlung der HEG. Es erfolgt eine separate schriftliche Information.

Verbindungsweg Montanusstraße / Fürstenberg

Herr Hücker erkundigt sich nach dem weiteren Plan für den Weg, der bereits seit einiger Zeit gesperrt ist. Herr Schröder teilt mit, dass der Weg nicht mehr repariert werden könne, eine Sanierung würde ca. 26.000 €kosten, die derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Nutzung der Toiletten am Bürgerbad durch die Besucher des Klettergartens

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass keine Beschwerden bekannt seien.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.06.2010

Bürgermeister Uwe Ufer

Torsten Kemper
Schriftführer